HESSEN SPD

vorwärts HESSEN

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES UND DER SPD-FRAKTION HESSEN AUGUST 2018

WIR KÖNNEN ES SCHAFFEN

Thorsten Schäfer-Gümbel, SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzender

In den vergangenen Wochen und Tagen habe ich nach und nach die Mitglieder meines Regierungsteams der Öffentlichkeit vorgestellt. Ich freue mich, dass sich die Kandidatinnen und Kandidaten, alles anerkannte Fachleute und Experten auf ihrem jeweiligen Gebiet, dazu entschieden haben und sich bereit halten, in einer SPD-geführten Landesregierung Verantwortung für die Gemeinschaft zu übernehmen.

Der Wahltag, am Sonntag dem 28. Oktober, ist nun keine zwei Monate mehr entfernt. Die Wählerinnen und Wähler entscheiden sich spät, viele haben die bevorstehende Landtagswahl noch nicht im Bewusstsein. Das wird sich schlagartig ändern, wenn die Plakate im Straßenbild auftauchen und sich damit die Frage zuspitzt, wer dieses Land regiert. Nach 19 Jahren Stillstand bei den großen Themen wie Wohnen, Mobilität und Bildung haben viele Menschen längst genug von der CDU-geführten Landesregierung, die sich weit von der Realität im Landes entfernt hat.

Es geht darum, bis zur letzten Minute mit vollem Einsatz am Ball zu sein: In Rheinland-Pfalz lag die SPD erst in der letzten Umfrage vor der Wahl vor der CDU und trug anschließend einen großen Sieg davon. Das können und wollen wir auch schaffen. Für dieses Ziel werde ich in den Wochen bis zum Wahltag alles geben. Ich bin davon überzeugt, dass wir uns auf die richtigen Kernthemen mit Bildung, Mobilität und Wohnen konzentrieren. Die Menschen spüren, dass wir ihre Alltagsprobleme ernst nehmen.

Wir haben vor kurzem unsere Wahlkampagne der Öffentlichkeit vorgestellt und werden zum Start der Plakatierung gut sichtbar sein. Unsere Botschaft heißt: Anpacken, statt abwarten. Nun liegt es an uns allen, an den Kandidatinnen und Kandidaten und nicht zuletzt an den Mitgliedern der hessischen SPD, die Menschen von unseren Zielen und Lösungen zu überzeugen, damit sie am 28. Oktober ihre Stimmen der SPD geben, denn wir wollen Zukunft jetzt machen!

WAHLKAMPF-AUFTAKT-VERANSTALTUNG AM 15. SEPTEMBER

MIT MALU DREYER, MANUELA SCHWESIG UND ANDREA NAHLES

15.09.2018, 15:00–17:00 UHR

EINLASS CA. AB 14:00 UHR

SCHLACHTHOF (ACHAT PLAZA) ERNST-GRIESHEIMER-PLATZ 7 63071 OFFENBACH AM MAIN

ANPACKEN UND GESTALTEN, DAMIT SICH ETWAS ÄNDERT

SPD HESSEN STELLT KAMPAGNE VOR

Monate intensiver Arbeit liegen hinter Landeschef Thorsten Schäfer-Gümbel und Generalsekretärin Nancy Faeser, als sie Mitte August die Kampagne zur Landtagswahl 2018 der Presse vorstellen. Die Frage, wie Plakate und Materialien aufgenommen werden, kann im Vorfeld nie mit Gewissheit beantwortet werden – umso spannender der Moment der Kampagnenvorstellung. „Wir wollen Zukunft gestalten, und wir zeigen konkret, wie das geht. Wir haben einen Plan, und den wir wollen wir umsetzen“, erklärt Spitzenkandidat Schäfer-Gümbel. Gemeinsam mit Generalsekretärin Nancy Faeser präsentiert er dann die ersten Großflächenplakate. „Die SPD zeigt auf den Plakaten mit klarer Bildsprache und konkreten Forderungen, worum es geht: anpacken und gestalten, damit sich etwas ändert – etwa bei der Wohnungsnot.“ Das Besondere: Die Motive der Plakatgroßflächen ergeben sich aus den Erfahrungen, die die Partei und vor allem Schäfer-Gümbel selbst bei zahlreichen Praxistagen erworben hat. Ergänzt werden diese durch Textplakate, die ebenfalls klar sagen, wofür die SPD steht. Die Plakate werden in drei Wellen („Dekaden“) im Straßenbild zu sehen sein. Die zunächst vorgestellten stellen die erste Welle dar und werden ab dem 16. September auf etwa 750 Großflächen im ganzen Land zu sehen sein, in Kassel sogar bereits seit dem 28. August. In den letzten Wahlkampfwochen werde die SPD sogar auf weit mehr als 1.000 Großflächen für ihre Themen werben. Dazu kommen noch die Plakate der Kandidatinnen und Kandidaten.

Fortsetzung auf Seite 2

FOTO: SPD-LANDESVERBAND

Vorstellung der Kampagne zur Landtagswahl am 28. Oktober mit Spitzenkandidat Thorsten Schäfer-Gümbel, Generalsekretärin Nancy Faeser und Agenturchef Frank Stauss.

WAHLKAMPF-AUFTAKTVERANSTALTUNG AM 15. SEPTEMBER

Mit einer großen Wahlkampfauftaktveranstaltung am 15. September in Offenbach startet die hessische SPD in die letzten Wochen vor dem entscheidenden Wahlsonntag: Nach 19 Jahren Stillstand im Land soll endlich der Regierungswechsel gelingen. An dem Nachmittag sind die Parteivorsitzende Andrea Nahles, die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer und die Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern, Manuela Schwesig, mit dabei. Im Mittelpunkt steht Spitzenkandidat Thorsten Schäfer-Gümbel, der an diesem Nachmittag gemeinsam mit Generalsekretärin Nancy Faeser den Startschuss in die heiße Wahlkampfphase gibt. Die hessische SPD freut sich über die Anwesenheit zahlreicher Genossinnen und Genossen und interessierter Bürger.
Hinweis: Aufgrund von Eingangskontrollen werden alle gebeten, möglichst nur kleine Taschen mitzubringen.

15.09.2018, 15:00–17:00 Uhr

Einlass ca. ab 14:00 Uhr

Schlachthof (ACHAT Plaza),

Ernst-Griesheimer-Platz 7
63071 Offenbach am Main ■

ANPACKEN UND GESTALTEN, DAMIT SICH ETWAS ÄNDERT

SPD HESSEN STELLT KAMPAGNE VOR

Fortsetzung von Seite 1

Noch mehr aber setzt die SPD in Hessen auf den direkten Kontakt in den Wochen vor der Wahl. „Der Haustürwahlkampf ist zentral für den Erfolg im Oktober“, betont Faeser. Dabei erhalten die Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer Unterstützung durch einen digitalen Mobilisierungsplaner und eine Tür-zu-Tür-App, die sich über die Kampagnenseite ***https://kampagne-hessen.spd.de*** finden lassen. „Die hessische SPD geht bestens vorbereitet in diese Wahlkampfauseinandersetzung. Während die CDU sich bislang nicht mal traut, ein Wahlprogramm vorzulegen, haben wir klare, mutige Ziele benannt und konkrete Ideen vorgelegt. Wir können Zukunft jetzt machen“, so Spitzenkandidat Thorsten Schäfer-Gümbel. ■

QUELLE: SPD LANDESVERBAND HESSEN

HESSENPLAN+ EINE VISION FÜR DAS LAND

Ein Land braucht nicht nur kurzfristige Programme und Ziele für eine Legislaturperiode. Schon Georg-August Zinn wusste, dass ein Land eine Vision braucht oder aber einen Politiker, der eine Vision für sein Land hat. „Politiker sagen zu selten, wohin sie mit dem Land wollen und was ihre übergeordneten Ziele und Werte sind“, ist auch Spitzenkandidat Thorsten Schäfer-Gümbel der Meinung. „Ich möchte, dass jeder wissen kann, wohin die Reise mit einem Ministerpräsidenten Thorsten Schäfer-Gümbel geht“, erklärte er bei der Vorstellung seines Hessenplan+. Darin seine Vision für unser Bundesland in den nächsten zehn, fünfzehn Jahren. Dieses „Hessen von morgen“ will Schäfer-Gümbel als Ministerpräsident gestalten. Der Hessenplan+ zeigt zugleich Schritte für den Weg dahin. Sehr konkrete Aktionspläne zu den Themen Mobilität, Wohnen und Integration vertiefen den Hessenplan+ und beschreiben, wie Schäfer-Gümbel mit der SPD in den nächsten Jahren die Zukunft des Landes gestalten will. „Und wir müssen den Mut haben, Wege neu zu denken und innovativen Ideen mehr Raum zu geben“, betont er. Nach 19 Jahren CDU-geführter Landesregierung müssen in Hessen viele Weichen auf Zukunft gestellt werden. Die sechs Hauptpunkte:

1. Ob jeder sich die Wohnung leisten kann, ist die soziale Frage unserer Zeit. Ziel ist, dass niemand mehr als ein Drittel des Einkommens für die Miete ausgeben muss. Dafür werden wir mehr bauen, Landesgrundstücke mobilisieren und die Mieterrechte stärken.

2. Bildung in Hessen muss endlich gebührenfrei werden – in Thorsten Schäfer-Gümbels Hessen von morgen sind Schulen Orte zum Experimentieren und bekommen ein digitales Update

3. Die Mobilität der Zukunft will der Spitzenkandidat angstfrei entwerfen und professionell gestalten. Seine simple Vision: ein Land ohne tägliche Staus und mit pünktlichen und nicht überfüllten Zügen.

HESSEN PLAN+

4. Ländliche Räume. Für starke Dörfer und Gemeinden setzt Schäfer-Gümbel auf öffentliche Daseinsvorsorge, die sich keinen Profitinteressen unterordnet. Gemeindeschwestern Plus, Bürgerhäuser, Ansiedlung von Behörden auf dem Land, Breitbandausbau – Politik für die ländlichen Räume steht oben auf der Agenda.

5. Aus technologischem Fortschritt soll sozialer Wohlstand für alle werden. Bürgerinnen und Bürger sollen durch die Digitalisierung gewinnen, statt nur Großkonzerne. Die Arbeit der Zukunft umfasst mehr Vereinbarkeit von Familie und Beruf, weniger Wochenarbeitsstunden und ein Recht auf Weiterbildung. Hessen soll zum Modellland für Transport und Logistik 4.0 ausgebaut werden.

6. Der Rechtsstaat ist keine Frage der parteipolitischen Ansichten. Er ist eine politische Verpflichtung. Demokratie lebt auch von einem verlässlichen, starken Staat. Schäfer-Gümbels Haltung in der Integrationspolitik: klare Regeln und pragmatische Durchsetzung. ■

REGIERUNGSTEAM – LANDTAGSWAHLEN 28. OKTOBER 2018

Spitzenkandidat Thorsten Schäfer-Gümbel nominiert nach und nach die Mitglieder seines Regierungsteams, mit dem er zur Landtagswahl am 28. Oktober für einen Wechsel in Hessen antritt. Das Team besteht aus Mitgliedern der Landespartei und Landtagsfraktion einerseits sowie Menschen aus dem befreundeten Umfeld. Wir stellen die Mitglieder, die bis zum 24. August nominiert wurden, vor.

Hans-Joachim Rosenbaum

Als ernanntes Regierungsteammitglied für Wohnungsbau und Landesentwicklung möchte Hans-Joachim Rosenbaum mehr bezahlbaren Wohnraum für breite Schichten schaffen. „Dafür muss eine Landesregierung gegen Spekulation vorgehen, statt auf dem Wohnungsmarkt selbst als Spekulant aufzutreten", so Rosenbaum. Außerdem möchte er sich dafür einsetzen, dass in den Bauaktivitäten ein Schwerpunkt auf dem öffentlich geförderten Wohnungsbau gesetzt wird.

Günter Rudolph

Der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, Günter Rudolph, möchte sich unter anderem für den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs einsetzen und das hessische Straßensystem sanieren und modernisieren. Ein weiteres wichtiges Thema soll die anwohnerfreundliche Entwicklung am Frankfurter Flughafen sein. „Wir stehen zum Flughafen, der als Wirtschaftsmotor für unser Land eine unersetzbare Rolle spielt. Ich verlange aber, dass die Entwicklung nicht zulasten der Anrainer geht", erklärt Rudolph.

Gerhard Merz

Der Sozialexperte und langjährige Landtagsabgeordnete Gerhard Merz wird der Zuständige für die Bereiche Soziales und Arbeit werden. Mit erster Priorität möchte er sich für vollständige Gebührenfreiheit, bessere Qualität und eine zukunftssichere Finanzierung der Bildung in Hessen einsetzen. Herausforderung werde es auch sein, die ärztliche Versorgung im ländlichen Raum sicherzustellen. „Hier muss das Land stärker steuern, statt zuzusehen, wie die Ärztedichte auf dem Land weiter zunimmt", fordert Merz.

Heike Hofmann

Die Rechtsexpertin und stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Heike Hofmann möchte als Zuständige für Justiz und Gleichstellung den Rechtsstaat stärken und die Rechtstaatlichkeit schützen. Für Hofmann ist das Thema Gleichstellung eng mit der Zuständigkeit für die Justiz verbunden. Sie möchte die Gleichstellung von Mann und Frau durch stärkere Gesetze vorantreiben.

Nancy Faeser

Die Generalsekretärin Nancy Faeser wurde als Mitglied des Regierungsteams für das Ministerium des Innern und für Sport benannt. Die Landtagsabgeordnete fordert, dass unter Führung der SPD an jeder Polizeidienststelle in Hessen ein zusätzlicher Streifenwagen – inklusive der dafür nötigen Beamtinnen und Beamten – stationiert wird. Gleichzeitig möchte Faeser den Einsparungen im Personal im öffentlichen Dienst in Hessen ein Ende setzen und die Arbeitsbedingungen der Beamtinnen und Beamten verbessern.

Henning Harnisch

Der ehemalige deutsche Basketball-Nationalspieler Henning Harnisch wurde als Beauftragter für Sport und Teilhabe benannt. „Der Sport hat eine politische Komponente, die für den Zusammenhalt in der Gesellschaft steht. Das ist umso wichtiger in Zeiten, in denen Populismus von rechts und links versucht, uns zu spalten. Den Versuchen, die Menschen aufzuwiegeln und gegeneinander in Stellung zu bringen, möchte ich mit meinen Mitteln in meinem Fachgebiet einen positiven Entwurf gegenüberstellen", sagt Harnisch.

Robert Restani

Das Regierungsteam wurde um Robert Restani, den Vorstandsvorsitzenden der Frankfurter Sparkasse, ergänzt. Er wird für den Finanzplatz Frankfurt zuständig sein. Als Schwerpunkte seiner zukünftigen Aufgabe nannte er unter anderem die bessere Vernetzung der Akteure, die Werbung für den Finanzplatz Frankfurt und eine Initiative für eine wirtschaftliche beziehungsweise finanzwirtschaftliche Weiterbildung an Schulen.

Tanja Brühl

Die Professorin für Politikwissenschaft Dr. Tanja Brühl soll als Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst tätig werden. Sie setzt sich dafür ein, dass die Hochschulen personell und materiell so ausgestattet werden, dass wieder eine angemessene Betreuungsrelation von Studierenden zu Lehrenden hergestellt werden kann. Brühl möchte außerdem gelungene Integration aus der Kultur heraus entstehen lassen. „Kultur vermittelt Werte und stößt Diskurse an", sagt sie.

Marlies von der Malsburg

Marlies von der Malsburg, Büroleitrin des SPD-Europaabgeordneten und Fraktionsvorsitzenden der S&D im Europäischen Parlament Udo Bullmann, wird die Zuständige für den Bereich Europa werden. Sie ist vertraut mit den Mechanismen, den Konflikten und den Chancen, die Europa ausmachen. Von der Malsburg kritisiert, dass die amtierende Landesregierung Europa zu einem Eliteprojekt gemacht habe. „Europa lebt von der breiten Akzeptanz, nicht von der Selbstbestätigung und Selbstvergewisserung eines kleinen Kreises von Insidern.", so Malsburg.

Thomas Schwarze

Thomas Schwarze wurde als Zuständiger für den Bereich Schulen und Bildung ins Regierungsteam berufen. Er kennt als Leiter der Wilhelm-Heinrich-von-Riehl-Schule in Wiesbaden-Biebrich die tatsächlichen Bedürfnisse und die Lebenswirklichkeit an den hessischen Schulen. „Wenn man Bildungsgerechtigkeit erreichen will, dann muss man dazu alle mitnehmen, die das System ausmachen. Ich denke, dass wir gemeinsam viel bewegen können", so Schwarze.

FOTO: SPD LANDESVERBAND

VON TÜR ZU TÜR: EINE INVESTITION IN DIE ZUKUNFT

Mit dem direkten Besuch an der Haustür können die Menschen motiviert werden, wählen zu gehen. Deshalb setzt auch die hessische SPD im Landtagswahlkampf auf den direkten Kontakt. Davon profitieren die Genossen, die ihre Bekanntheit in der Nachbarschaft steigern können, und die Bürger, denn ihre Anregungen werden direkt aufgenommen. An der Haustür können, Menschen wieder für die Themen der SPD begeistert und vor allem im Hinblick auf den Wahlsonntag überzeugt werden. Dafür wurde die Tür-zu-Tür-App für den Wahlkampf neu aufgelegt. Im Zentrum steht die Frage, welches Thema die Partei nach der Landtagswahl angehen soll. Daneben wird nach der Bekanntheit des Direktkandidaten oder der Direktkandidatin gefragt und ob die Menschen vorhaben, wählen zu gehen. Aus den Antworten ergeben sich Rückschlüsse, wie sich der Wahlkampf konkret auswirkt, wie einzelne Wahlkampfwerkzeuge wirklich ankommen und wie in Zukunft ein effektiverer und erfolgreicherer Wahlkampf geführt werden kann. Zur App:

kampagne-hessen.spd.de

THEMATISCH STARK IN DEN WAHLKAMPF

BILDUNG – MOBILITÄT – WOHNEN – LÄNDLICHER RAUM

Es geht los – die heiße Wahlkampfphase hat begonnen. Am 28. Oktober 2018 kann in Hessen für einen Regierungswechsel gesorgt werden. Der Spitzenkandidat Thorsten Schäfer-Gümbel ist so gut vorbereitet wie nie, und in den letzten Wochen wurden bereits wichtige Projekte und Personen präsentiert. Thematische Schwerpunkte liegen in diesem Wahlkampf auf den drei Themen Bildung, Mobilität und Wohnen, aber auch der ländliche Raum hat einen besonderen Stellenwert. ■

BILDUNG

Die Kinder Hessens stehen für die Zukunft des Landes. Sie alle müssen gleichwertige Chancen auf Bildung bekommen. Deshalb muss im Bereich Bildung einiges aufgeholt werden, was in den letzten 19 Jahren CDU-geführter Regierungen missachtet wurde. Bildung muss komplett gebührenfrei werden – von der Kita bis zum Meister oder Studienabschluss. Die SPD in Hessen wird Schulen sanieren und modernisieren, denn guter Unterricht braucht eine gute Ausstattung. Es wird eine zeitgemäße Lehrkräfteausbildung geben, denn Unterrichtsausfall muss gestoppt und Lehrkräftemangel beendet werden. Es wird mehr Schulen mit einem Ganztagsangebot geben, denn die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss gestärkt und unterstützt werden.

QUELLE: ROMRODPHOTO/SHUTTERSTOCK.COM

MOBILITÄT

Ganz Hessen braucht Mobilität – in den Städten, im Ballungsraum, zwischen Stadt und Land und von Dorf zu Dorf. Deshalb will die SPD mehr in den Straßenbau investieren, damit kaputte Straßen und marode Brücken saniert und das Straßennetz ausgebaut werden kann. Der Verkehr soll insgesamt mehr auf die Schiene verlagert werden, denn zu viele Hessen stehen täglich zu lange im Stau. Dafür soll der Nah- und Schienenverkehr weiter ausgebaut werden. Zusätzlich soll es im ländlichen Raum alternative Konzepte, wie beispielsweise Anruf-Sammel-Taxis geben, die den ländlichen Raum besser anbinden.

QUELLE: GETTY IMAGES/UWE KREJCI

QUELLE: BILDMATERIAL: SUZANNE GIPSON/OFFSET.COM

WOHNEN

Es müssen bezahlbare Wohnungen dort gebaut werden, wo Menschen arbeiten, und Jobs dort geschaffen werden, wo sie leben. In den nächsten fünf Jahren heißt es vor allem bauen, bauen, bauen. Die SPD wird 30.000 zusätzliche preisgebundene Wohnungen bauen, denn Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen sollen sich ein Dach über dem Kopf leisten können. Auch gilt: Alle Mieter müssen geschützt werden. Es wird gegen Spekulationen auf Grund und Boden vorgegangen werden. Außerdem sollen Mietsteigerungen auf maximal ein Prozent pro Jahr begrenzt werden. Auch im ländlichen Raum sollen aus Leerständen kleinere, günstigere und altersgerechte Wohnungen geschaffen werden, denn jeder soll auch im Alter in seiner Heimat wohnen bleiben können.

LÄNDLICHER RAUM

Der ländliche Raum ist mit seinen Städten und Dörfern genauso wichtig für die hessische Identität wie beispielsweise der Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main. Er darf nicht vernachlässigt werden, weshalb mit der SPD die Verkehrsanbindungen und die Infrastruktur modernisiert und ausgebaut werden. Es müssen Arbeitsplätze – vor allem im Bereich der Gesundheitsversorgung – geschaffen werden, denn die medizinische Versorgung und Pflege in den ländlichen Gebieten muss gesichert und aufgewertet werden. Kitas und Schulen, Sporthallen und Schwimmbäder müssen gut und einfach zu erreichen sein, denn nur so kann ein attraktives Kulturangebot für junge Familien und Senioren angeboten werden. Auch der Ausbau des Breitbandnetzes muss deutlich vorangetrieben werden, sodass überall in Hessen schnelles Internet angeboten wird. ■

QUELLE: BILDMATERIAL: ROGER RICHTER/WESTEND61/OFFSET.COM

EIN REGIERUNGSPROGRAMM, DAS SPASS MACHT

MEIN PROGRAMM

Ein Regierungsprogramm ist das Fundament, auf dem eine Landtagswahl aufbaut. Es ist das Ergebnis jahrelanger programmatischer Arbeit von der Parteiführung, den Gliederungen sowie Verbänden und ein Versprechen an die Bürgerinnen und Bürger, was in der kommenden Legislaturperiode unter einer SPD-geführten Landesregierung erwartet werden kann. Jedoch lesen nur wenige Menschen ein vollständiges Parteiprogramm und finden sich selbst in Texten kaum wieder. Deswegen sollte es einen besseren Weg geben, die Menschen für die Inhalte der SPD zu begeistern, als einen Link zu einem PDF-Ungetüm. Die Lösung: „Mein Programm".

Durch „Mein Programm", einer browserbasierten App, lässt sich in weniger als einer Minute ein individualisiertes Programm erstellen, das den Umfang eines Zeitungsartikels nicht überschreitet. Unter *programm.spd-hessen.de* werden Menschen Fragen zu ihren politischen Präferenzen und Lebenssituation gestellt, die sich einfach mit Ja oder Nein beantworten lassen. Aus den Ergebnissen der Antworten wird dann ein kurzes individualisiertes Wahlprogramm erstellt, das beantwortet, was die SPD Hessen für die Benutzerin bzw. den Benutzer tun wird. Das Wahlkampfinstrument lässt sich einfach am Infostand verwenden und mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern durchspielen, indem man lediglich ein Smartphone oder Tablet dabeihat. Die App macht Spaß, und die kurzweiligen, auf den Punkt gebrachten Antworten bieten eine abwechslungsreiche Alternative, sich mit den Inhalten der SPD Hessen auseinanderzusetzen. Aber auch in den sozialen Netzwerken oder auf der eigenen Website lässt sich „Mein Programm" integrieren, um interessierte Bürgerinnen und Bürger von der SPD zu überzeugen. ■

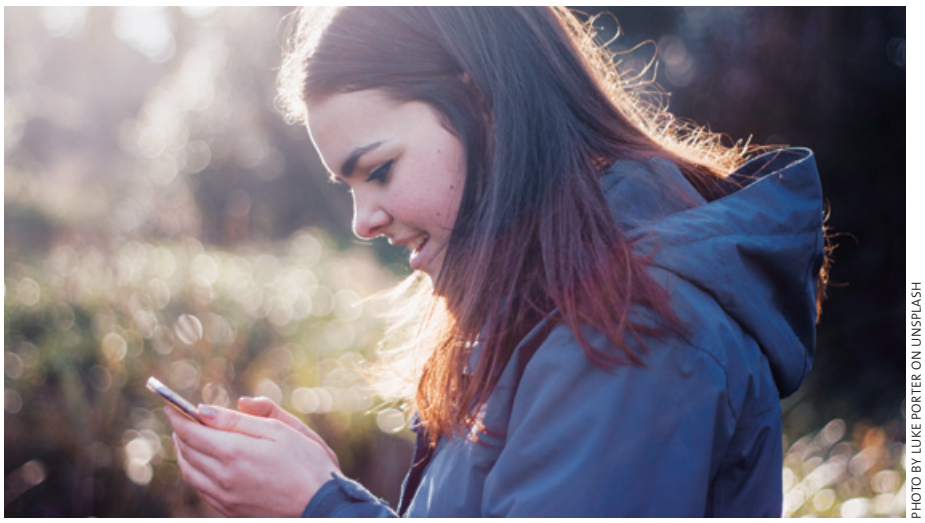

PHOTO BY LUKE PORTER ON UNSPLASH

„Mein Programm" stellt ein für die Benutzer/-innen individualisiertes Programm aus dem Regierungsprogramm der SPD Hessen zusammen.

WAHLKAMPF AN DER BASIS

VIERTE ORTSVEREINS- UND FRAKTIONSVORSITZENDENKONFERENZ

Mit einer kämpferischen Rede eröffnete Thorsten Schäfer-Gümbel, Spitzenkandidat für die Landtagswahl am 28. Oktober, die vierte Ortsvereins- und Fraktionsvorsitzendenkonferenz in Butzbach und motivierte die Genossinnen und Genossen vor Ort für die bevorstehenden Wochen. Dabei der Tenor: Wahlkämpfe werden zwar zentral geplant, aber in den Gliederungen gewonnen. „Ohne das unermüdliche Engagement von vielen aktiven SPD-Mitgliedern ist eine Landtagswahl nicht zu stemmen", betonte Schäfer-Gümbel.

Im direkten Austausch mit der Parteiführung wurden den Gliederungen die Kampagne zur Landtagswahl sowie das Material, das in den kommenden Wochen Hessens Straßen zieren wird, durch Generalsekretärin Nancy Faeser vorgestellt, die den Wahlkampf politisch verantwortet. „Im Fokus stehen dabei unsere zentralen Themen: Bildung, Mobilität und Wohnen", berichtet Nancy Faeser. Im Anschluss konnten die Teilnehmenden bereits mit den ersten Regierungsteammitgliedern von Thorsten Schäfer-Gümbel über Themen rund um den Wahlkampf diskutieren.

Die Ortsvereins- und Fraktionsvorsitzendenkonferenz wurde 2015 ins Leben gerufen. In diesem Jahr waren rund 250 Ortsvereine vertreten. ■

Im Fokus: Bildung, Mobilität und Wohnen.

Spitzenkandidat Thorsten Schäfer-Gümbel setzt im Wahlkampf auf die Basis und den direkten Austausch über die Kampagne.

ZINN-PREIS WIRD ZUM ACHTEN MAL VERLIEHEN

Am 13. September wird gemeinsam vom SPD-Landesverband und der Landtagsfraktion dem Fritz Bauer Institut in Frankfurt a. M. und dem ehemaligen Oberstaatsanwalt Gerhard Wiese für ihre Arbeit für eine bessere Erinnerungskultur der Georg-August-Zinn-Preis verliehen. Wiese war während der Frankfurter Auschwitzprozesse in die Frankfurter Staatsanwaltschaft unter dem damaligen Oberstaatsanwalt Fritz Bauer berufen worden, wo er maßgeblich an der Verurteilung Hauptschuldiger der NS-Gräueltaten beteiligt war. Später wurde Wiese zum Oberstaatsanwalt befördert. Seit seiner Pensionierung hält er Vorträge über seine Arbeit im Sinne der Erinnerungskultur. Das 2000 gegründete Fritz-Bauer-Institut Geschichte und Wirkung des Holocaust in Frankfurt am Main beschäftigt sich ebenfalls, wie der Name schon sagt, mit dieser Materie. Deutschlandweit ist es heute bereits ein Synonym für die erfolgreiche Aufarbeitung der nationalsozialistischen Verbrechen. ■

BILANZ DER CDU

- Dynamik der Wirtschaftsentwicklung seit 2010 deutlich geringer im Vergleich zu anderen Bundesländern
- Hoher Schuldenstand vom Land und von den Kommunen
- Verdopplung der Staatsverschuldung unter CDU-Führung in den vergangenen 19 Jahren
- Hessens Kommunen weisen die größten Investitionslücken aller Länder auf
- Hessen ist das Land der Staus und des Stillstands (alleine 126.000 Kilometer Stau im Jahr 2017)
- Steigerung des Wertverlusts der Landesstraßen
- Fast die Hälfte der Straßen und Brücken ist in einem schlechten oder sehr schlechten Zustand
- Der Schienenpersonenverkehr ist an der Belastungsgrenze
- Mangel an bezahlbarem Wohnraum in den Ballungsräumen trotz Nettozuwachs von 160.00 Menschen bis zum Jahr 2035
- Versorgung mit einem Breitbandinternetanschluss regional sehr unterschiedlich und vor allem im ländlichen Raum ungenügend
- Mehr als Zwei Drittel von befragten Unternehmen stellen Beeinträchtigungen in den Kommunikationsnetzen fest

FALSCHE ÄUSSERUNGEN

Heike Hofmann, rechts- und justizvollzugspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, hat die kürzlich getätigten Äußerungen von Justizministerin Kühne-Hörmann in der aktuellen Debatte um den Paragrafen 219 a Strafgesetzbuch (StGB) als „in der Sache falsch" bezeichnet. Hofmann weiter: „Die Ministerin habe sich mit sachlich nicht belegbaren Äußerungen in die Diskussion eingemischt. So behauptete die Ministerin, die meisten Anzeigen wegen Verstößen gegen Paragraf 219 a StGB kämen von Ärzten, die sich daran störten, dass andere Ärzte sich nicht an die Regeln halten würden. Dies tat sie nach eigener Aussage ohne jegliche Datengrundlage. Dies ist peinlich." ■

CDU-REGIERUNG SCHADET DEM WIRTSCHAFTSSTANDORT HESSEN

Über die Schlussbilanz der Wirtschaftspolitik der zurückliegenden 19 Jahre unter der Regentschaft der CDU hat der Hessische Landtag auf Antrag der SPD Bilanz gezogen. In der Debatte warf der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Thorsten Schäfer-Gümbel, der CDU und Ministerpräsident Bouffier persönlich vor, die Zukunft verschlafen und den Wirtschaftsstandort Hessen geschwächt zu haben. Es sei grotesk, wenn der Ministerpräsident selbst in einem Interview beklagt, dass viele Infrastrukturprojekte viel zu lange dauerten. „Wenn Herr Bouffier bejammert, dass 30 Jahre an einer Schienenstrecke ‚herumgeplant' werde, dann muss er sich auch fragen, wer denn in den letzten 19 Jahren die Verantwortung in diesem Land getragen hat: Leider war es die CDU, und seine Partei hätte daher etwas tun können und müssen. Aber sie haben schlicht gar nichts getan", stellte Schäfer-Gümbel fest. Die Landesregierung ignoriere beharrlich, dass Hessen in den nächsten Jahren rund 160.000 neue Bürgerinnen und Bürger haben werde. „Für diese Menschen müssen wir praktisch eine neue Großstadt bauen", sagte Thorsten Schäfer-Gümbel, „aber statt das zu organisieren und zu planen, sagt die CDU, da müssten jetzt eben die Kommunen etwas tun. Die Kommunen werden hier von der Landesregierung – wie immer – alleine gelassen. Das kann man sehr gut an den Schulden der Städte, Gemeinden und Landkreise ablesen, die allein von 2011 bis 2016 um 529 Euro pro Kopf gestiegen sind, weil das Land ihnen immer mehr Geld weggenommen hat." Auch die stetig von der CDU wiederholte Behauptung, dass in den zurückliegenden Jahren zunächst der Landeshaushalt habe konsolidiert werden müssen, sei eine Mär, so der SPD-Fraktionsvorsitzende: „1999 hat die CDU die Regierung übernommen und seit 1999 hat die CDU die Schulden des Landes verdoppelt. CDU-geführte Landesregierungen haben in 19 Jahren so viele Kredite aufgenommen wie alle Regierungen in den 50 Jahren davor. Es ist daher unredlich, die Geschichte vom soliden Haushalt zu erzählen, den nur die CDU hinbekommt." Schäfer-Gümbel resümierte: „Wohnen, Arbeit, Infrastruktur, Daseinsvorsorge – das sind die vier wichtigsten Dinge für die Menschen in unserem Land. Zukunft beginnt mit dem Machen, und das ist der große Unterschied zwischen Herrn Bouffier und mir." ■

FOTO: MARTINA HÄUSL-DAVID

Thorsten Schäfer-Gümbel, MdL, warf in der Landtagsdebatte Ministerpräsident Bouffier (links) Untätigkeit in der Wirtschaftspolitik vor.

SPD-INNENMINISTER UND -SENATOREN IN WIESBADEN

Auf Einladung der innenpolitischen Sprecherin der hessischen SPD-Fraktion, Nancy Faeser und des niedersächsischen Ministers für Inneres und Sport, Boris Pistorius, haben sich die Minister und Senatoren der SPD-geführten Innenressorts in Wiesbaden getroffen, um sich intensiv zu aktuellen innenpolitischen Themen auszutauschen. Unter anderem standen die personelle und technische Ausstattung der Polizei – etwa zur Terrorbekämpfung und im Zeichen der Herausforderungen der Digitalisierung –, das Thema Asyl und die zunehmende Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes auf der Tagesordnung. Im Rahmen der Zusammenkunft bekräftigte Faeser, dass insbesondere von den Innenpolitikern die Menschen zu Recht Geradlinigkeit, Ehrlichkeit und klare Positionen erwarteten. „Uns ist es wichtig, dass wir die Rahmenbedingungen der Polizeibeamtinnen und -beamten auch in Hessen nachhaltig verbessern. Dazu haben wir uns das Ziel gesetzt, einen Streifenwagen mehr pro Dienststelle auf die Straße zu bringen", sagte Faeser. ■

FOTO: GERT-UWE MENDE

Nancy Faeser (Mitte) und Boris Pistorius (Dritter von links) konnten in Wiesbaden die SPD-Innenminister und -Senatoren aus den Ländern sowie die innenpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Eva Högl (links), begrüßen.

KONFERENZ IN BUTZBACH

Die diesjährige Konferenz der Ortsvereins- und Fraktionsvorsitzenden der SPD fand im mittelhessischen Butzbach statt. Der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Günter Rudolph, stellte die Abschaffung der Straßenbeiträge und Kitagebühren sowie den Kampf gegen Wohnungsmangel und den Verkehrskollaps in den Mittelpunkt seines Vortrags. ■

FOTO: GERT-UWE MENDE

Günter Rudolph, MdL, berichtete über aktuelle Themen.

STRASSENAUSBAUBEITRÄGE ABSCHAFFEN

FOTO: GERT-UWE MENDE

Die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag hat eine Anhörung zu den umstrittenen Straßenausbaubeiträgen abgehalten. Am Ende der dreistündigen Anhörung, zu der 40 Beteiligte und Betroffene gekommen waren, stellte der Parlamentarische Geschäftsführer, Günter Rudolph, fest: „Es kommt selten vor, dass bei einer Anhörung alle im Raum einer Meinung sind – aber heute war das so. Ausnahmslos alle Anzuhörenden, ob Bürgermeister, Verbandsvertreter oder Bürgerinitiativen, haben die Forderung meiner Fraktion, die Straßenausbaubeiträge vollständig abzuschaffen, unterstützt."

MOBILITÄTSKONZEPT FÜR HESSEN

Im Rahmen des Forums Mobilität konnte die SPD-Fraktion zahlreiche Interessierte im Hessischen Landtag begrüßen, die die Podiumsdiskussion zur Mobilität in Hessen mit Experten aus den beiden Verkehrsverbünden RMV und NVV sowie der Verkehrsplanung verfolgten. In seiner Einführung benannte der SPD-Fraktionsvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel die aktuellen verkehrspolitischen Probleme in Hessen: lange Staus, überfüllte Busse und Bahnen und abgehängte Dörfer im ländlichen Raum. Die SPD wolle fließende Übergänge zwischen den verschiedenen Verkehrsträgern schaffen und dabei die Verkehrsverbünde so unterstützen, dass sie sich zu modernen Mobilitätsdienstleistern entwickeln können. Der Parlamentarische Geschäftsführer und Verantwortliche für die Bereiche Verkehr und ländlicher Raum im Regierungsteam, Günter Rudolph, kündigte an, dass überall dort Schienenstrecken reaktiviert oder neu gebaut werden sollten, wo es erforderlich sei. „Wir werden den öffentlichen Verkehr wieder verlässlicher und günstiger gestalten. Die Dauerbaustellen im Verkehr müssen geschlossen werden. Zudem werden wir die Arbeitsplätze derer sichern, die heute Verbrennungsmotoren bauen und morgen möglicherweise an den Technologien der Zukunft arbeiten", kündigte Günter Rudolph an. ■

Der Parlamentarische Geschäftsführer Günter Rudolph, MdL, skizzierte die Vorstellungen der SPD in der Verkehrspolitik

FOTOS: MARTINA HÄUSL-DAVID

Zahlreiche Interessierte fanden den Weg zur Veranstaltung in den Hessischen Landtag.

ECHTER KLIMASCHUTZ NOTWENDIG

Angesichts eines Antrags von CDU und Grünen im Hessischen Landtag zum Klimaschutz sprach die umweltpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Angelika Löber, von einem „inhaltlosen Stück Papier". „Dies zeigt, dass diese Landesregierung weit davon entfernt ist, mit konkreten Zielen und Maßnahmen Verantwortung für den Klimaschutz zu übernehmen. Wir sind mittendrin. Der Klimawandel hat bereits weltweit zu großen Veränderungen geführt. Wir brauchen deshalb einen echten und konkreten Klimaschutz. Die Landesregierung legt aber erst gar keine konkreten Zahlen zum Klimaschutz in Hessen vor. Und das, obwohl dies dringend geboten wäre, um das eigene Handeln zu begründen und begonnene Maßnahmen zu evaluieren", führte Löber aus. Auf die Fragen, mit wie vielen Maßnahmen des integrierten Klimaschutzplans zum jetzigen Zeitpunkt tatsächlich begonnen worden sei oder wie viel Treibhausgas beispielsweise durch diese Maßnahmen in Hessen reduziert worden sei, würden sich die beiden Regierungsfraktionen jedoch stets in Schweigen hüllen. ■

FOTO: SPD-LANDTAGSFRAKTION

Angelika Löber, MdL

GEBÜHRENREDUZIERUNG BLEIBT STÜCKWERK UND UNGERECHT

In der ersten Plenarsitzung nach der Sommerpause stand die Gebührenreduzierung im Kita-Bereich im Mittelpunkt der Regierungserklärung des Sozialministers. Der sozial- und familienpolitische Sprecher der SPD-Fraktion und Verantwortlicher im Regierungsteam für die Bereiche Arbeit und Soziales, Gerhard Merz, kritisierte die schwarz-grüne Landesregierung für das Stückwerk und die damit einhergehende Ungerechtigkeit heftig in seiner Erwiderung. „CDU und Grüne haben zunächst groß angekündigt, Gebührenfreiheit in der Kita schaffen zu wollen: ‚1, 2, 3 – für mich ist die Kita gebührenfrei", lautet ihr Slogan auf den Plakaten. Kleinlaut muss Schwarz-Grün jetzt einräumen, dass dies für ganz viele Kinder nicht gilt. Nicht für die 140.000 Kinder, die täglich mehr als sieben Stunden betreut werden, und auch nicht für rund 45.000 Kinder unter drei Jahren sowie nicht für die 10.500 Kinder in der Tagespflege", sagte Merz. Die Entlastung an einer Stelle komme einen Teil der Eltern teuer zu stehen. „Wer mit Durchschnittswerten arbeitet, belastet diejenigen, die über dem Schnitt liegen. Diese Kommunen können gar nicht anders, als die Beiträge an anderer Stelle zu erhöhen", stellte Merz fest. Gravierender wiege nach Auffassung des Sozialexperten, dass Schwarz-Grün in der Frage der Steigerung der Qualität schlicht versage. Alle Expertinnen und Experten sagten, dass Zuschläge für mittelbare pädagogische Arbeit, also Elterngespräche, Vor- und Nachbereitung und für Leitungstätigkeit notwendig seien und dass Verbesserungen bei den Ausfallzeiten für Urlaub, Krankheit, Fortbildung erreicht werden müssten. Stattdessen werde die angebliche Qualitätspauschale erhöht, die auch jetzt schon in vielen Fällen zweckentfremdet in die Finanzierung des Normalbetriebs fließe. 50 Millionen Euro mehr ab dem Jahr 2020 bei jetzt schon mehr als 2,3 Milliarden Euro Gesamtkosten seien ein Tropfen auf den heißen Stein „Der Landesanteil an den Kosten der frühkindlichen Bildung bleibt nach wie vor zu niedrig. Hessen ist hier bundesweit Schlusslicht. Keine Antwort hat der Sozialminister zudem in einer der entscheidenden Zukunftsfragen, dem Fachkräftemangel. Für uns ist klar, dass nur zwei Dinge helfen: eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und eine bessere Bezahlung. Zu beiden Fragen haben CDU und Grüne keine Antworten. So wird man dem Zukunftsthema frühkindliche Bildung nicht gerecht. Es ist Zeit für eine Ablösung dieser Regierung!", so Merz. ■

GRAFIK: GERT-UWE MENDE

SOLIDARITÄT MIT BEAMTINNEN UND BEAMTEN

Eine ungewöhnliche Nacht verbrachten der Fraktionsvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel und die innenpolitische Sprecherin Nancy Faeser auf den Straßen von Frankfurt. Sie begleiteten Polizeibeamte während deren Nachtschicht. Nach dem Schichtende am Sonntagmorgen sagte Schäfer-Gümbel: „Es ist durchaus lehrreich, nicht nur über Polizeiarbeit zu sprechen, sondern sie unmittelbar mitzuerleben. Nancy Faeser und ich tauschen uns regelmäßig mit Beamtinnen und Beamten der hessischen Polizei aus, aber die Beobachtung einer Nachtschicht in der Frankfurter City gibt einem noch einmal einen ganz anderen Blick auf die Arbeit und auf die tatsächliche Belastung im Dienst. Wir danken ganz besonders den Beamtinnen und Beamten für die Bereitschaft uns mitzunehmen, und für die Gespräche vor, während und nach der Nachtschicht." ■

FOTO: PETER JÜLICH

Die Nachtschicht im Polizeirevier 1 in Frankfurt brachte Nancy Faeser, MdL, und Thorsten Schäfer-Gümbel, MdL, wertvolle Einblicke in den Polizeialltag.

FOTO: SPD-LANDTAGSFRAKTION

Christoph Degen, MdL

LEHRERMANGEL, UNTERRICHTSAUSFALL UND ÜBERLASTUNGSANZEIGEN

„Mit dem Ausblenden der Realität löst man kein einziges Problem, man verschärft es nur und stiehlt sich aus der Verantwortung. 19 Jahre CDU-Regierung haben einen Scherbenhaufen in der Bildungspolitik hinterlassen", sagte der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Christoph Degen, zu Beginn des neuen Schuljahres. Kultusminister Lorz habe eine beschämende Vorschau auf das kommende Schuljahr präsentiert. Die Situation an den Schulen in Hessen werde sich auch im letzten Jahr von Schwarz-Grün nicht bessern, sondern drastisch verschlechtern. „Das Schuljahr beginnt, und der Kultusminister tut so, als sei wieder einmal alles in bester Ordnung. Er ist spitze im Ausblenden der Realität und ahnungslos dazu. Jedes Schulkind weiß, dass Unterricht ausfällt, weil Lehrermangel herrscht", so Degen. Schuld seien die CDU-Landesregierungen. Der Minister habe kein Rezept gegen Lehrermangel und Unterrichtsausfall, kein Ohr für die Hilferufe von Lehrkräften und Schulleitungen und kein Gespür für den Ganztagsausbau. ■

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Fraktion im Hessischen Landtag und SPD-Landesverband Hessen

Redaktion:
Gert-Uwe Mende (verantwortlich)
Dr. Wilfried Lamparter
Michael Fraenkel
Gerfried Zluga-Buck
Isabel Neumann
Martina Häusl-David
Willy Witthaut
Elvedin Goljica

Anschrift:
Schlossplatz 1–3
65183 Wiesbaden